

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Rat der Stadt Schwelm</b>		
Sitzungsort <b>Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>14.03.2013</b>	Beginn <b>17:00 Uhr</b>	Ende <b>21:12 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Kick, Hans-Werner	
Kirschner, Thorsten	ab 17:08 Uhr - TOP A 3
Lotz, Katharina	ab 17:05 Uhr - vor TOP A 1
Oehl, Heinz	
Orentat-Steding, Ingrid	
Philipp, Gerd E.	
Schier, Klaus Peter	
Schwabe, Bernd Ulrich	
Tempel, Gabriele	
Werner, Gudrun	
Flüshöh, Oliver	
Grothoff-Blum, Christian	
Grüntker, Hermann	bis 19:05 Uhr - TOP A 19
Heinemann, Manfred	
Hens, Bernd	
Kampschulte, Matthias	
Nockemann, Frank	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Rüttershoff, Karen	
Steuernagel, Rolf	
Zeilert, Hans-Jürgen	
Dilly, Mike	
Poschmann, Jan	
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	bis 21:00 Uhr - TOP A 30
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Weidenfeld, Uwe	
Garn, Elke	
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	bis 20:00 Uhr - TOP A 21 - 24
Lubitz, Eleonore	bis 20:00 Uhr - TOP A 21 - 24
Bockelmann, Christian Dr.	
Siepmann, Ernst Walter	

## Vorsitzender

Stobbe, Jochen

**stellv. Vorsitzende**

Hortolani, Frauke Dr.  
Sartor, Christiane

**Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR**

Flocke, Markus

**Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung**

Eibert, Peter  
Guthier, Wilfried  
Heringhaus, Petra  
Klos, Karlheinz  
Lache, Wolfhard  
Lethmate, Egbert  
Mollenkott, Marion  
Rüth, Christian  
Schweinsberg, Ralf  
Sormund, Frank  
Striebeck, Thomas  
Weidner, Gabriele

**Schriftführer/in**

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

**Mitglieder**

Rindermann, Horst

**stellv. Vorsitzende**

Ferrara, Santo

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- |    |   |            |
|----|---|------------|
| 1  | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n   |            |
| 2  | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  |            |
| 3  | Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 29.11.2012  |            |
| 4  | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung  |            |
| 5  | Mitteilungen des Bürgermeisters   |            |
| 6  | Ausschussbesetzungen  | 029/2013/1 |
| 7  | (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW - Bestellung eines stellvertretenden Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Schwelm | 014/2013/1 |
| 8  | Bestellung des Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Schwelm   | 021/2013   |
| 9  | Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 01.01.13 Gebäudemanagement   | 022/2013   |
| 10 | Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produkt 01.01.13 - "Gebäudemanagement" für das Jahr 2012  | 027/2013   |
| 11 | Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 82 "Nördlich Güterbahnhof"  | 256/2012   |
| 12 | Verkehrskonzept Innenstadt und Einbahnstraßenregelung Bismarckstraße (Bürgerantrag gem. 24 GO NRW)  | 259/2012/2 |
| 13 | Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW- Unterschriftensammlung für die Wiederherstellung der alten Einbahnstraßenregelung der Bismarckstraße                               | 213/2012/1 |
| 14 | (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW - Ausbaueinbarung Kreisverkehrsanlage L 726 Barmer Straße / Am Ochsenkamp          | 258/2012/1 |
| 15 | Zentraler Omnibusbahnhof Schwelm / Antrag der CDU   | 034/2013/1 |

Fraktion vom 05.02.2013

16	Auswertung der Fragebogenaktion zu weiterführenden Schulen in Schwelm	020/2013
17	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 31.01.2012 "Gemeinsame Schule in Schwelm"	050/2012/2
18	Antrag der SPD-Fraktion vom 11.05.2012 zur Schulentwicklung in Schwelm	121/2012/1
19	Antrag der Fraktionen der CDU, FDP, SWG und BfS vom 12.06.2012 zum Schulkonzept	142/2012/1
20	Haushaltsantrag der Fraktion "Die Linke" vom 10.03.2013	019/2013
21	Haushaltsantrag der Fraktion "Bündnis 90/DIE GRÜNEN" vom 13.03.2013	042/2013
22	Interfraktioneller Antrag zum Haushalt 2013	041/2013
23	Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)	247/2012
24	Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2013	250/2012/2
25	Entwurf des Jahresabschlusses 2009	039/2013
26	a) 2. Nachtrag zur Friedhofssatzung für die städtischen Friedhöfe in Schwelm vom 15.12.2008 (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS- Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	017/2013
27	a) Gebührensatzung für die städtischen Friedhöfe in Schwelm (nur Verwaltungsrat) b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS- Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)	016/2013
28	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr 2013	023/2013
29	Verringerung der Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder gemäß § 3 Kommunalwahlgesetz für NRW, Satzung	040/2013
30	Konzept Frühe Hilfen/Präventionsketten	161/2012/3

31	Antrag der SPD-Fraktion zur Bildung eines Seniorenbeirates und Einrichtung eines Seniorenbüros	124/2012/3
32	FDP Antrag zur Datenauskunft	030/2013
33	FDP Anfrage Datenschutz	031/2013
34	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

# A Öffentliche Tagesordnung

## 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates.

## 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt der Bürgermeister fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung schlägt er nachstehende Ergänzung bzw. Änderung vor:

### Hinzukommende TOPe:

- ▶ **neu A 13 - VL 213/2012/1**  
Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW- Unterschriftensammlung für die Wiederherstellung der alten Einbahnstraßenregelung der Bismarckstraße
- ▶ **neu A 16 - VL 019/2013**  
Haushaltsantrag der Fraktion "Die Linke" vom 10.03.2013
- ▶ **neu A 17 - VL 042/2013**  
Haushaltsantrag der Fraktion "Bündnis 90/DIE GRÜNEN" vom 13.03.2013
- ▶ **neu A 18 - VL 041/2013**  
Interfraktioneller Antrag zum Haushalt 2013

*Die Vorlagen  
liegen auf  
den Tischen  
aus !!!!*

### Auszutauschende Vorlagen:

- ▶ **neu A 13 - VL 259/2012/2 - ersetzt VL 259/2012/1**  
Verkehrskonzept Innenstadt und Einbahnstraßenregelung Bismarckstraße (Bürgerantrag gem. 24 GO NRW)
- ▶ **neu A 20 - VL 250/2012/2 - ersetzt VL 250/2012/1**  
Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2013
- ▶ **neu B 2 - VL 038/2013/1 - ersetzt VL 038/2013**  
Auslobung des Grundstücks „Winterberg“

Herr Flühöh bittet, den Schulkomplex mit den Vorlagen 020/2013, 050/2012/2, 121/2012/1 und 141/2012/1 vor den Haushaltskomplex zu beraten. Ein Mitglied seiner Fraktion ist trotz Erkrankung anwesend und würde gerne nach Behandlung des Schulkomplexes gehen.

Da keine Einigkeit erzielt werden kann, wird der Antrag des Herrn Flühöh zur Abstimmung gebracht.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	6
	Enthaltungen:	10

Anschließend steigt Bürgermeister Stobbe in die Tagesordnung gemäß Beschlussfassung ein.

### **3 Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 29.11.2012**

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

### **4 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung**

keine

### **5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Schweinsberg teilt mit, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt lediglich 10 Anmeldungen für die Hauptschule vorliegen. Von den 10 Anmeldungen kommen 6 aus Schwelm und 4 aus Wuppertal. Bis kommenden Montag warte man ab, ob sich ggf. aus einer gestrigen Veranstaltung in Wuppertal noch ausreichend Kinder für die Bildung einer Eingangsklasse anmelden. Falls nicht, werde den Eltern noch vor Ostern eine entsprechende ablehnende Mitteilung erteilt.

Anschließend schlägt Herr Schweinsberg die Verlegung des Schulausschusses vom 16.04.2013 auf den 28.05.2013 vor und erläutert die Beweggründe für die Verlegung. Der Rat signalisiert sein Einverständnis.

**6 Ausschussumbesetzungen****029/2013/1****Beschluss:**

Die in Vorlage 029/2013/1 dargestellten Ausschussumbesetzungen hinsichtlich der beratenden Mitglieder der Schulen und des stellvertretenden Mitgliedes der CDU-Fraktion im Schulausschuss werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**NB: Bürgermeister****7 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung  
gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW - Bestellung eines  
stellvertretenden Wehrführers der Freiwilligen  
Feuerwehr Schwelm** **014/2013/1****Beschluss:**

Der Rat genehmigt die vom Hauptausschuss am 28.02.2013 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz GO NRW über die Bestellung des stellvertretenden Wehrführers Herrn Markus Kosch.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**8 Bestellung des Wehrführers der Freiwilligen  
Feuerwehr Schwelm** **021/2013****Beschluss:**

Herr Oberbrandinspektor Matthias Jansen wird mit Wirkung vom 01.06.2013 für die Dauer von sechs Jahren zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Schwelm (Wehrführer) bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---



**9 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / 022/2013  
Auszahlungen im Produkt 01.01.13  
Gebäudemanagement**

Herr Weidenfeld bedauert, dass die Fraktionen, die sich seinerzeit gemeinsam für die Fremdreinigung ausgesprochen haben, der Verwaltung keine freie Hand bei der Lösung von Vertretungssituationen mit eigenen Kräften gelassen haben und daher derart hohe Kosten entstanden seien.

Er weist darauf hin, dass die Fraktion B'90/Die Grünen der Vorlage nicht zustimmen werde.

**Beschluss:**

Um Aufwendungen des Jahres 2012 periodengerecht verbuchen zu können, werden im Ergebnisplan weitere überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13.524190 „Sonstige Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen“ in Höhe von 1.383,95 € bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben im Jahre 2012 bei 01.01.13.543160 „Sachverständigen, Gerichts- und ähnliche Kosten“ in Höhe von 1.383,95 €.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	2

**10 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen im 027/2013  
Produkt 01.01.13 - "Gebäudemanagement" für das  
Jahr 2012**

Herr Weidenfeld teilt mit, dass die Fraktion B'90/die Grünen der Vorlage zwar zustimmen werden, gibt aber zu bedenken, dass die Kostensteigerung aufzeige, dass zukünftig auf taugliche Anbieter von Strom, Gas und Wasser geachtet werden müsse.

**Beschluss:**

Um Aufwendungen des Jahres 2012 periodengerecht verbuchen zu können, werden im Ergebnisplan überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13.524110 - "Energie und Wasser" in Höhe von 74.360,86 EUR und bei der Haushaltsstelle 01.01.13.524160 - "Contracting" in Höhe von 69.533,90 EUR bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt in voller Höhe von 143.894,76 EUR durch Mehrerträge in 2012 bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 - "Gewerbsteuer".



beteiligt werden und damit würde auch der mit der Politik vereinbarte Termin eingehalten.

Herr Kranz bittet um Aufnahme in das Protokoll, dass die Umfahrung des Neumarktes nördlich des Pavillons nicht Bestandteil des Beschlusses sei (*hiermit erfolgt*).

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Schwelm beschließt die Einrichtung einer Tempo-30-Zone mit rechts-vor-links-Regelung für den Bereich zwischen Bahnhofstraße, Kaiserstraße, Wilhelmstraße und dem Straßenzug Bürgerplatz/Brauereigasse/Untermauerstraße.  
Diese Maßnahme soll nach dem 30.3.2013 umgesetzt werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.3.2013 nach einer alternativen Ausfahrtmöglichkeit aus der Innenstadt zu suchen. Wenn keine Lösung gefunden wird, soll die Wiederherstellung der alten Einbahnstraßenregelung der Bismarckstraße erfolgen.
3. Mit dem Beschluss zu 2. dieser Vorlage ist die Vorlage 213/2012/1 entgegengenommen und erledigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**13      Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW-      213/2012/1**  
**Unterschriftensammlung für die Wiederherstellung**  
**der alten Einbahnstraßenregelung der**  
**Bismarckstraße**

Siehe Ausführungen zu TOP A 12!

**14      (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung      258/2012/1**  
**gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW -**  
**Ausbauvereinbarung Kreisverkehrsanlage L 726**  
**Barmer Straße / Am Ochsenkamp**

### **Beschluss:**

Der Rat genehmigt die vom Hauptausschuss am 28.02.2013 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW über

- den Abschluss einer Vereinbarung nach dem Straßen- und Wegegesetz zwischen der Stadt und der Straßenbauverwaltung zum Ausbau des Kreisverkehrsplatzes an der L 726 (Kreuzung Barmer Straße/Am Ochsenkamp) nach Maßgabe der Ausführungen dieser Sitzungsvorlage,
- die Annahme der Schenkung der künstlerischen bzw. handwerklichen Installationen in der Mittelsinsel des Kreisverkehrsplatzes durch die Schwelmer Bürgerschaft sowie
- über die Zustimmung zur Durchführung und Abwicklung der Maßnahme durch einen Dritten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	17
	dagegen:	
	Enthaltungen:	20

**15 Zentraler Omnibusbahnhof Schwelm / Antrag der CDU Fraktion vom 05.02.2013 034/2013/1**

Herr Weidenfeld begrüßt den Ausbau des Bahnhofs mit der geplanten Photovoltaikanlage und weist darauf hin, dass eine weitere Verzögerung nicht mehr vertretbar wäre.

Herr Flüshöh erläutert die Historie der Angelegenheit. Über zwei Jahre habe es gedauert, bis zum Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) ein brauchbarer Entwurf vorgelegt worden sei. Die CDU-Fraktion spreche sich für den Ausbau des ZOBs aus, aber nicht für einen Baustart mit finanziellen Unwägbarkeiten. Er verweist auf den Antrag der CDU vom 05.02.2013, einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Mehrfach angeforderte Angaben zu Art des Ausbaus, Gesamtkosten, Folgekosten, Bauzeitenplan etc. seien vom Bürgermeister bis zur heutigen Sitzung nicht vorgelegt worden. Daher müsse die CDU-Fraktion die Vorlage ablehnen

Herr Weidenfeld kritisiert die ständigen Verzögerungen, die von Seiten der CDU-Fraktion z.B. durch Antragstellungen und ähnlichen Aktionen hervorgerufen würden und erklärt, dass Vorwürfe gegen den Bürgermeister keinen Fortgang in der Angelegenheit brächten.

Herr Flüshöh entgegnet, dass es nicht um Verhinderung gehe, aber bestimmte Voraussetzungen für das Vorliegen einer Veranschlagungsreife erfüllt sein müssten.

Frau Lubitz erkundigt sich, welche Konsequenzen eine ablehnende Beschlussfassung z.B. in Bezug auf bewilligte Steuermittel hätte.

Herr Stobbe führt aus, dass man zwar vor 2 ½ Jahren keinen Einfluss auf das Bahnhofsgebäude hatte, parallel aber schon den Antrag auf Fördermittel für den ZOB gestellt habe. Der Bewilligungsbescheid sei Ende 2012 erteilt worden. Zu der Diskussion über den Maßnahmenbeginn stellt er klar, dass dieser bereits durch

Beschlussfassung über entsprechende Positionen im Haushalt erfolgt und ein Bauzeitenplan in Bearbeitung sei.

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Stadtentwicklung am 22.01.2013 wurden die aktuellsten Zahlen vorgestellt. Diese seien in der Form auch noch korrekt. Lediglich beim Eigenanteil habe sich eine Position verändert, in dem einer der Sponsoren (mit 31.000 €) abgesprungen sei. Zur Zeit bemühe er sich um den Ausgleich des fehlenden Anteils. Er erläutert im Detail, wie die aktuellen Finanzierungsüberlegungen aussehen. Anschließend fährt Herr Stobbe fort, dass die bisher gelieferten und seines Erachtens auch beschlussfähigen Zahlen nach wie vor Grundlage für die Planungen seien. Was von Seiten der Verwaltung getan werden konnte, ist getan worden. Wenn die ablehnende Haltung darauf basiere, dass dies nicht ausreiche, bedaure er das sehr. Die Bahnentwicklungsgesellschaft (BEG) habe klar zum Ausdruck gebracht, dass für den Fall der heutigen Beschlussfassung von dort die Vermarktung des Bahnhofes nochmals verstärkt aufgenommen werde. Erfolge keine Beschlussfassung, werde die BEG nicht erneut tätig.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass im AUS zum ZOB zwar kein konkreter Beschluss gefasst, der ZOB aber im Rahmen der Beschlussfassung über den Haushalt mit beschlossen worden sei. Insofern gebe es sehr wohl einen Grundsatzbeschluss.

Herr Schwunk bekräftigt, dass er die weitere Planung des ZOBs unterstütze, aber große Bedenken gegen das Sponsoring hege.

Herr Stobbe betont ausdrücklich, dass die in Aussicht gestellten Gelder der Sponsoren in keinsten Weise mit einer Forderung verbunden seien.

Herr Weidenfeld fügt hinzu, dass sich seinerzeit alle Fraktionen – auch ohne in Aussicht stehende Sponsoren – einig waren, den ZOB zu errichten. Im übrigen sei er über das Wissen der FDP-Fraktion verwundert, da der Fraktion B'90/Die Grünen die Sponsoren bis heute nicht bekannt waren.

Bürgermeister Stobbe betont nochmals, dass alle bisherigen Darstellungen der Verwaltung korrekt seien und die Bauzeitenplanung laufe. Wichtig sei einzig und allein, für die Stadt Schwelm nun die weitere Entwicklung anzustoßen.

Herr Schweinsberg fügt hinzu, dass der Eigenanteil von 37.400 € im aktuellen Haushalt bereits berücksichtigt und der ggf. aufgestockte Betrag der Sponsoren noch nicht einkalkuliert worden sei. Er schlägt vor, am heutigen Tage den Grundsatzbeschluss (Weiterbau) zu bestätigen und in den nächsten zwei Wochen für den nächsten Hauptausschuss oder Rat die geforderten Zahlen nachzuliefern. In den Beschlussvorschlag könne ein dahingehender Vorbehalt aufgenommen werden.

Herr Stobbe ergänzt, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Beschluss den Antrag der CDU beinhalte.

Herr Gießwein schließt sich den Ausführungen des Kämmerers an, dass der Grundsatzbeschluss bereits vorhanden sei und lediglich wiederholt werden könne. Im weiteren Verfahren sei lediglich die weitere Umsetzung zu beschließen. Im Übrigen halte er es für gefährlich, im öffentlichen Teil über Sponsoren zu reden.

Herr Flüshöh wendet ein, dass es sich um ein übliches Verfahren handle, trotz erfolgter Beschlussfassung über einzelne HH-Ansätze grundsätzliche Dinge im Einzelnen trotzdem zu beschließen.

Herr Schweinsberg unterbreitet einen überarbeiteten Beschlussvorschlag.

Herrn Hens hält den Vorschlag des Kämmerers für zu kompliziert. Im Tenor müsse der ZOB gebaut werden. Wenn dies heute beschlossen würde, wäre dies der entsprechende Grundsatzbeschluss. Für die Durchführungsbeschlüsse müssten zunächst die jeweils erforderlichen Zahlen beigebracht werden. Der Durchführungsbeschluss könnte dann ggf. im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung erfolgen.

Es schließt sich nachfolgend eine kurze Erörterung über den abschließenden Wortlaut der gewünschten Beschlussfassung an.

### **Geänderter Beschluss:**

Der Aus- und Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Planungen und Kostenberechnungen durchzuführen und dem Rat der Stadt den abschließenden Durchführungsbeschluss in Form einer Dringlichkeitsentscheidung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

### **16 Auswertung der Fragebogenaktion zu weiterführenden Schulen in Schwelm**

**020/2013**

Siehe Ausführungen zu TOP A 19 !

Kenntnis genommen

### **17 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 31.01.2012 "Gemeinsame Schule in Schwelm"**

**050/2012/2**

Siehe Ausführungen zu TOP A 19 !

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zukunftskonferenz „Gemeinsame Schule für Schwelm“ einzuberufen. Ziel soll es unter Einbeziehung aller Schulen in Schwelm sein, ein Konzept für eine „Gemeinsame Schule“ zu entwickeln. Diese Schule soll entstehen in Schwelm.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	17
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	

**18 Antrag der SPD-Fraktion vom 11.05.2012 zur Schulentwicklung in Schwelm**

**121/2012/1**

Siehe Ausführungen zu TOP A 19 !

**Beschluss:**

1. Aus dem Willen, den Schwelmer Kindern weiterhin für sie passende Schullaufbahnen in ihrer Heimatstadt zu ermöglichen, plädiert der Rat der Stadt Schwelm für die Einführung einer Sekundarschule.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Planungen einer Sekundarschule in Schwelm zu beginnen und alle notwendigen Schritte so durchzuführen, dass durch den Rat der Stadt ein Errichtungsbeschluss für das Schuljahr 2014/15 erfolgen kann. Ab dem Schuljahr 2014/15 sollen die städtische Dietrich-Bonhoeffer-Realschule und die Gustav-Heinemann-Schule auslaufend betrieben werden.
3. In den Planungsprozess werden alle Schwelmer Schulen eingebunden, die Schulen der Sekundarstufe I dabei – nach ihrem Wunsch – aktiv. Eine den Planungsprozess unterstützende Moderation ist anzustreben.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	20
	Enthaltungen:	5

**19 Antrag der Fraktionen der CDU, FDP, SWG und BfS vom 12.06.2012 zum Schulkonzept**

**142/2012/1**

Herr Philipp verweist auf den Rückgang der Schülerzahlen und das Wahlverhalten der Eltern. Ziel sei es, den Kindern alle Schulabschlüsse in Schwelm zu ermöglichen. Ein Versuch dieses Ziel zu erreichen scheiterte bereits in 2011. Es war seinerzeit nicht mehrheitsfähig. Aktuell stelle sich dar, dass bis zu 50 % der betroffenen Schülerinnen und Schüler das Gymnasium wählen werden. Alle anderen werden auf Dauer in die Nachbarstädte fahren müssen. Er bedauere, dass er den Eltern, die sich sorgen, dass die Gesamtschule zu groß für ihr Kinder sein könnte, nicht helfen konnte.

Herr Flüshöh leitet ein, dass die Landesregierung das kommunale Selbstverwaltungsrecht gestärkt und mehr Freiräume für die Kommunen zur Gestaltung ihrer Schullandschaft und -strukturen geschaffen habe. Der Landtag hat

die Sekundarschule als mögliche Schulform beschlossen, aber keine Verpflichtung für die Gründung einer Sekundarschule begründet. Er bezieht sich auf die rückläufigen Anmeldezahlen der Hauptschule. Die SPD-Fraktion habe sich daraufhin für die Errichtung einer Sekundarschule (Zusammenlegung der Haupt- und Realschule) und die Fraktionen CDU, FDP, SWG und BfS für den Erhalt der erfolgreichen Dietrich-Bonhoeffer-Realschule ausgesprochen. Die Politik einigte sich darauf, mit einem neutralen Fragebogen und Verfahren die Eltern nach ihrem Willen zu befragen. Dieser Aktion kam die SPD-Fraktion mit einer eigenen Fragebogenaktion zuvor, in der sie sogar eine Empfehlung für die Sekundarschule aussprach.

Seiner Auffassung nach habe die SPD damit den Weg der Neutralität verlassen und eine Absage an die offene Zusammenarbeit erteilt. Darüber hinaus erklärte die SPD-Fraktion am Ende den durch Fragebogenaktion eingeholten Elternwillen als nicht aussagekräftig.

Herr Schwunk spricht sich für eine differenzierte Förderung der Kinder je nach individueller Begabung aus. Für die FDP-Fraktion seien die Ergebnisse der Elternbefragung eindeutig und sie folge diesem Elternwillen. Eltern wissen genau, was gut für ihre Kinder sei und sie wünschen sich weiterhin die Realschule in Schwelm.

Frau Lubitz teilt mit, dass die Zahlen der Elternbefragung für sich sprechen. Die Fraktion DIE LINKE. spreche sich daher gegen die Einführung einer Sekundarschule und für die Schaffung einer integrativen Schule aus. Das Gebäude der Gustav-Heinemann-Schule sei ausreichend groß um dort entsprechend dem Willen der Eltern eine Gesamtschule neben Realschule und Gymnasium anzusiedeln.

Herr Gießwein weist darauf hin, hat die Fraktion B'90/Die Grünen bereits vor einem Jahr ihren Antrag zur Schullandschaft in Schwelm gestellt habe, um diese für die nächsten 10 Jahre zukunftsicher aufzustellen. Im April 2012 erklärten daraufhin alle Schulleitungen hierzu ihre Mitarbeit, bis am 15.05.2012 die Realschule im Schulausschuss (SchA) unabgesprochen dann ihr Konzept für die Realschule vorlegte und damit aus dem gemeinsamen Vorhaben ausstieg. Weitere Mitarbeit anderer Schulleitungen war nicht zu verzeichnen. Am 07.01.2013 bekräftigten dann alle Schulleitungen erneut ihren Willen, ein Konzept auszuarbeiten. Nachdem im SchA keine konstruktive Diskussion möglich war, entschied man sich zu der Fragebogenaktion, deren Ergebnis dann jeder für seine Vorstellungen interpretierte. Das Ergebnis der Fragebogen schein auf den ersten Blick ein eindeutiges Signal gegen die Sekundarschule und für die Realschule zu sein. Betrachte man die Ergebnisse jedoch genauer, erkenne man, dass durchschnittlich weniger als 30 Schüler pro Schuljahr auf die Realschule entfallen, so dass noch nicht einmal eine Zweizügigkeit erreicht würde. Der Grund für das Sterben der Hauptschule liege in der Wirtschaft, die die Hürden für Ausbildungsplätze mit ihren Anforderungen an die Bildungsabschlüsse in die Höhe treiben. So werde es neben dem Gymnasium in Schwelm maximal eine weiterführende Schule in Schwelm geben und die Realschule könne dies aufgrund der Zahlen nicht sein.

Herr Kirschner bezieht sich auf die Ausführungen des Herrn Flüshöh und relativiert die Fragebogen-Aktion der SPD-Fraktion. Es wurde lediglich abgefragt, wer für die Sekundarschule sei und mehr nicht.

Intention für Schwelm solle es seines Erachtens sein, als Kreisstadt des ERK alle Schulabschlüsse und Laufbahnen anzubieten. Er persönlich habe großes Interesse daran, das Gymnasium mit seiner mehr als 400-jährigen Tradition dauerhaft zu



erhalten und frage sich, ob die Stadt dauerhaft mit nur einer weiterführenden Schule neben dem Gymnasium bestehen könne. Die Landesregierung habe die Möglichkeit geschaffen, die Schullandschaft vielfältig zu erhalten. Er hoffe, dass die Realschule bestehen bleibe, die Sekundarschule sei aber ein geeigneteres Instrumentarium, alle Laufbahnen anbieten zu können.

Herr Feldmann wendet ein, dass die Eltern, die sich in der Fragebogenaktion mit der Frage nach der Gesamtschule konfrontiert sahen, nicht an eine Gesamtschule in Schwelm denken konnten. Seines Erachtens hätte das Ergebnis dann anders ausgesehen.

Herr Kranz hält den Erhalt der Realschule für ein gutes Angebot für den Kreis.

Herr Dr. Bockelmann fasst zusammen, dass die SPD und B'90/Die Grünen alle Schulformen in Schwelm und am liebsten in einer gemeinsame Schule zusammengefasst präferieren . Das spreche für eine Sekundarschule, aufgestockt um Sekundarstufe 2 oder eine Gesamtschule.

Herr Gießwein wendet ein, dass die Fraktion B'90/Die Grünen eine dezidierte Eigenposition einnehme. Sie wolle nicht mit Gewalt die Gesamtschule, aber allen Schülern in Schwelm alle Abschlüsse ermöglichen. Wunsch sei es, unter Beteiligung aller Schulleitungen eine Lösung zu erarbeiten, neben dem Gymnasium eine weitere Schulform zu finden, um alle Abschlüsse zu ermöglichen.

Der Bürgermeister fast abschließend zusammen, dass für die Hauptschule die Bildung einer Eingangsklasse nicht mehr realisierbar und der Erhalt des Gymnasiums erstrebenswert sei. Zukünftig werde man nicht mehr alle Schulformen anbieten können, es sei denn, über Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Städten.

### **Beschluss:**

1. Die Dietrich-Bonhoeffer-Realschule wird aufrechterhalten. Es wird keine Sekundarschule in Schwelm gegründet.
2. Mit der Schulleitung der Realschule und unter Beteiligung der Hauptschule wird ein pädagogisches Konzept entwickelt, dass die oben genannten Eckpunkte umsetzt, Die Grundschulen, das Gymnasium und das Berufskolleg in Ennepetal sind in das Verfahren einzubinden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Zeit- und Maßnahmenplan unter enger Beteiligung der Politik sowie der Schulen zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	20
	dagegen:	17
	Enthaltungen:	

Herr Feldmann erläutert die Beweggründe für die Antragstellung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	2
	dagegen:	30
	Enthaltungen:	4

Antrag abgelehnt !

**21        Haushaltsantrag der Fraktion "Bündnis 90/DIE GRÜNEN" vom 13.03.2013**

**042/2013**

Siehe Ausführungen zu TOP A 24 !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	28
	Enthaltungen:	3

Antrag abgelehnt !

**22        Interfraktioneller Antrag zum Haushalt 2013**

**041/2013**

Siehe Ausführungen zu TOP A 24 !

**Beschluss:**

Zur Abmilderung der im Haushaltsplan bestehenden Risiken, beantragen die Fraktionen:

1. Die Steigerungsraten der Kosten für die Hilfen zur Erziehung werden nicht mit 2 %, sondern auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2012 mit der im Jahr 2012 tatsächlich vorhandenen Rate fortgeschrieben. Für die Jahre 2013 und 2014 wird die Steigerungsrate auf 6% festgesetzt, für die Jahre 2015 bis 2018 auf 4% und in den Jahren 2019 bis 2021 auf 2,5 %.
2. Zur Ausschöpfung der im GPA-Bericht aufgezeigten weiteren Konsolidierungspotentiale im Bereich der Jugendhilfe werden zur Vorbereitung organisatorischer Maßnahmen in den Jahren 2013 bis 2015 jeweils 10.000 Euro als Aufwand in die maßgeblichen Produkte aufgenommen.
3. Der Ansatz der ertragssteigernden Schlüsselzuweisungen wird im Jahr 2014 um 1,5 Millionen Euro abgesenkt. In den Folgejahren wird

die wegfallende Zuweisung auf der Basis der Orientierungsdaten mit einer Steigerungsrate von jährlich 4,4% aus dem Ansatz herausgenommen.

4. Die Kosten der sog. „0-Variante“ werden mit Blick auf den unter II.1. sogleich aufzunehmenden Konsolidierungsvorschlag in gleich bleibenden Beträgen auf die Haushaltsjahre 2013 bis 2021 verteilt.

Zur weiteren Entlastung des Haushalts beschließt der Rat der Stadt Schwelm folgende Konsolidierungsmaßnahmen und –ansätze:

1. Aufgrund der sich abzeichnenden rückgängigen Schülerzahlen und der sich dadurch ab dem Schuljahr 2017/2018 ergebenden Veränderung bei der Infrastruktur im Schulbereich sowie im Zusammenhang mit einer noch abschließend zu erörternden Neukonzeptionierung der Schwelmer Verwaltungsgebäude werden bei den städtischen Liegenschaften ab dem Haushaltsjahr 2018 jährlich weitere 855.000 Euro eingespart.

Die Fraktionen vereinbaren, dass eine Jede bis zum 31. Mai 2013 ein Konzept zur künftigen Schulinfrastruktur sowie zu einer Struktur der Verwaltungsgebäude erarbeitet. In diesem ist auch die finanzielle Komponente auf der Basis der von der Verwaltung zur Verfügung zu stellenden Daten und Werte zu betrachten und ggfs. Mit geeigneten Kompensationsmaßnahmen zu hinterlegen. Diese Konzepte werden in einem gesonderten Termin im Juni den anderen Fraktionen vorgestellt. In diesem Termin soll dann eine Entscheidung für die Zukunft der Schul- sowie Verwaltungsinfrastruktur vorbereitet werden. Abschließende Beschlüsse des Rates sollten möglichst noch vor der Sommerpause gefasst werden.

2. Verschiedentliche Entwicklungen seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements haben gezeigt, dass die Bewertung des Schwelmer Infrastrukturvermögens zum Teil sehr optimistisch erfolgte. Die antragstellenden Fraktionen sind der Auffassung, dass es mit Blick auf künftige Generationen nicht gerecht ist, sich reicher zu rechnen, als die Erfahrungen tatsächlich zeigen. Deshalb soll das kommunale Hoch- und Tiefbauvermögen nach Rücksprache mit den zuständigen Wirtschaftsprüfern an die Realität angepasst werden und entsprechend korrigiert werden. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, das Verfahren für eine erforderliche Wertkorrektur abschließend mit dem Wirtschaftsprüfer vorzubereiten und die entsprechenden Beschlüsse dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, eine sich daraus dauerhaft zu ermittelnden Entlastung gemäß der Anlage 1 von wenigstens 500.000 Euro im Haushaltsplan zu verarbeiten.
3. Die kommunalen „Töchter“ sollen ebenfalls an den weiteren Konsolidierungsanstrengungen beteiligt werden.

Die Technische Betriebe Schwelm werden an der Konsolidierung in

dem in der Anlage 1 genannten Umfang durch folgende Maßnahmen beteiligt:

- a. Um Synergieeffekte unter anderem bei der IT, der Gebäudeverwaltung, der Buchhaltung und Stadtkasse zu erzielen, wird eine Organisationsänderung der TBS AÖR geprüft. Der Vorstand der TBS AÖR wird beauftragt, den politischen Gremien bis zum 30.05.2013 die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einer Rechtsformänderung verbunden mit der Darstellung aller Vor- und Nachteile vorzulegen. Bis zur Sommerpause wird die abschließende Entscheidung bezüglich des Ob und des Wie einer Umwandlung von allen politischen Gremien getroffen. Eine mögliche Umwandlung sollte dann bis zum 31.12.2013 erfolgen.
  - b. Die Friedhofsgebührensatzung soll weiter überprüft und angepasst werden.
  - c. Der Vorstand der TBS AÖR wird aufgefordert, bis 30.6.2013 ein Konsolidierungskonzept im vorgegebenen Umfang (Anlage 1) und unter Einbeziehung der Punkte (1) und (2) sowie einer sich daraus ableitenden sukzessiv abnehmenden Personalentwicklung vorzulegen. Dabei sollen auch die Aspekte einer teilweisen Fremdvergabe der Leistungen sowie eine Reduktion der Sachkosten durch Verzicht von Neuanschaffungen und kritischer Überprüfung des Fahrzeugparks in das Konzept geprüft und soweit wirtschaftlicher aufgenommen werden. Soweit keine anderen Lösungen bestehen, soll dieses Konzept bei den für die Stadt zu erledigenden Aufgaben auch eine Standardabsenkung vorsehen.
  - d. Bis zur Beschlussfassung über die Punkte 1 bis 3 wird eine Sperrung von Investitionsmitteln ausgesprochen. Ausgenommen hiervon sind Mittel für Durchführung des Kanalausbauprogramms sowie für Aufgaben, für die eine gesetzliche oder vertragliche Verpflichtung besteht. Einzelne Ansätze können im Ausnahmefall durch den Verwaltungsrat freigegeben werden.
  - e. Der Rat übt gegenüber dem Verwaltungsrat der TBS AÖR insoweit sein Weisungsrecht aus. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates wird aufgefordert kurzfristig eine Sondersitzung des Verwaltungsrates einzuberufen, um die vorgenannten Punkte im notwendigen Umfang durch diesen beschließen zu lassen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, bis 30.6.2013 ein Konzept zur Umsetzung der Vorschläge der Organisationsuntersuchung von PwC vorzulegen. Dieses Konzept soll insbesondere eine neue Zielkonzeption für ein technisches Dezernat oder einen neuen Fachbereich „Planen und Bauen“ sowie weitere Kostenreduktionen bei der IT-Verwaltung, der Druckerei, durch Einrichtung

einer zentralen Vergabestelle und eines zentralen Einkaufs in einem Umfang von bis zu 400.000 Euro enthalten.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Eigen- und Fremdreinigung weiter zu optimieren, sodass wenigstens die in der Anlage 1 aufgezeigten Konsolidierungspotentiale entstehen.
6. Die in der Anlage 1 aufgezeigten Einsparpotentiale bei der Liegenschaft Martfeld sollen durch entsprechende Beratung im Kulturausschuss auf Basis des Abschlussberichtes des AK Martfeld erörtert und bis zum 31.12.2013 in den Haushaltssanierungsplan eingearbeitet werden.
7. Der Rat führt eine papierlose Gremienarbeit ein. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.6.2013 ein Konzept für eine verträgliche Umstellung nach der Kommunalwahl im Jahr 2014 vorzulegen.
8. In der Vergangenheit haben sich Bund und Land nur in geringem Umfang an den Gebühren für die Niederschlagsentwässerung beteiligt. Die dadurch entstehende Umverteilung der Lasten auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schwelm kann nicht weiter hingenommen werden. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, die Neuverhandlung der Verträge mit Straßen NRW zur Niederschlagsentwässerung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schwelm zu führen und Bund sowie Land voll an den Kosten zu beteiligen.
9. Der Verwaltung wird beauftragt die in den Nummern 1 bis 9 sowie auch alle anderen Entlastungen der in der Anlage 1 aufgezeigten Maßnahmen in den Haushalt einzuarbeiten und dem Rat sowie den anderen zuständigen Gremien die erforderlichen Beschlussvorlagen rechtzeitig zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**23 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)**

**247/2012**

Siehe Ausführungen zu TOP A 24 !

**Beschluss:**

Die 5. Änderungssatzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer in der Stadt Schwelm wird entsprechend dem der Verwaltungsvorlage Nr. 247/2012 beigefügten Entwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29

	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

**24 Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2013** **250/2012/2**

Bürgermeister Stobbe schlägt eine Beratung der Tagesordnungspunkte 21 bis 24 en bloc vor.

Im Anschluss folgen die Haushaltsreden der einzelnen Fraktionen, bevor Herr Stobbe einzeln zur Abstimmungen über Vorlagen 042/2013, 041/2013, 247/2012 und 250/2012/2 aufruft. *(Die beschlossene Haushaltssatzung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)*

Der Bürgermeister bedankt sich für das mit Kraftaufwand aller Beteiligten errungene Ergebnis, mit dem ein gemeinsamer möglicher Nenner gefunden werden konnte und bittet, auf der geschaffenen Grundlage weiter aufzubauen und die eigenen Aktivitäten nicht einzustellen.

**Beschluss:**

1. Der Stellenplan 2013 wird beschlossen.
2. Der Haushaltssanierungsplan 2013 mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes wird beschlossen.  
Nach dem Haushaltssanierungsplan ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2016 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.
3. Für das Haushaltsjahr 2013 wird folgende Haushaltssatzung erlassen: (siehe Anlage)
4. Die TBS werden beauftragt, die im Haushaltsplan der Stadt Schwelm veranschlagten technischen Maßnahmen und Dienstleistungen im Rahmen der ausgewiesenen Mittel nach den Regeln der Unternehmenssatzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

**25 Entwurf des Jahresabschlusses 2009** **039/2013**

### **Beschluss:**

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2009 wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zugeleitet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

- 26**      **a) 2. Nachtrag zur Friedhofssatzung für die städtischen Friedhöfe in Schwelm vom 15.12.2008 (nur Verwaltungsrat)**      **017/2013**  
**b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)**

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

- 27**      **a) Gebührensatzung für die städtischen Friedhöfe in Schwelm (nur Verwaltungsrat)**      **016/2013**  
**b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)**

Frau Gießwein erläutert, warum Fraktion B'90/Die Grünen der Vorlage nicht zustimmen werde.

Herr Flocke merkt an, dass es unterschiedliche Auffassungen über diverse Begrifflichkeiten gebe und es sinnvoll sei, diese in im Verwaltungsrat TBS in nächster Sitzung zu diskutieren.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	27
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	4

**28            Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe    023/2013  
von verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr 2013**

**Beschluss:**

Die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	25
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	1

**29            Verringerung der Zahl der zu wählenden                            040/2013  
Ratsmitglieder gemäß § 3 Kommunalwahlgesetz für  
NRW, Satzung**

Herr Schweinsberg stellt den rechtlichen Hintergrund dar, warum ein entsprechender Beschluss zum Antrag der SPD keine Wirkung mehr entfalten könne.

Im Hinblick auf den mit Datum 20.03.2013 letztmöglichen Termin zur Festlegung der Vertreter könne bei heutiger Beschlussfassung und anschließend erforderlicher Bekanntmachung der Satzung eine Rechtskraft dieser Satzung frühestens zum 21.03.2013 erreicht werden. Damit wäre die durch Gesetz festgelegte Frist überschritten.

Aus diesem Grund war im Hauptausschuss am 28.02.2013 eine Dringlichkeitsentscheidung vorgeschlagen worden, die jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde.

Auf Nachfrage, ob die SPD-Fraktion unter diesen Gesichtspunkten ihren Antrag aufrecht erhalten wolle, erklärt Herr Kick, dass der Antrag aus den geschilderten Gründen obsolet sei.



**30 Konzept Frühe Hilfen/Präventionsketten****161/2012/3**

Herr Schweinsberg informiert über die für April 2013 geplante 3. Fortschreibung des Konzeptes.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept „Frühe Hilfen/Präventionsketten“ fortzuschreiben *und in ersten Schritten umzusetzen*.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

**31 Antrag der SPD-Fraktion zur Bildung eines Seniorenbeirates und Einrichtung eines Seniorenbüros****124/2012/3**

Herr Stobbe schlägt analog zum Vorgehen des Fachausschusses eine Vertagung in die nächste Sitzung des Sozialausschusses vor.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

**32 FDP Antrag zur Datenauskunft****030/2013**

Herr Schwunk beantragt, die Tagesordnungspunkte mit den Vorlagen 030/2013 und 031/2013 in den nächsten Hauptausschuss zu vertagen.

Herr Stobbe ruft zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

**33 FDP Anfrage Datenschutz****031/2013**

Siehe Ausführungen zu TOP A 32 !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

### 34 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Herr Nockemann bemängelt, dass inzwischen vier Protokolle nicht in der in der Geschäftsordnung geregelten Frist vorliegen. Es handle sich in der Geschäftsordnung zwar um die Formulierung „in der Regel“, aber diese vorgegebene Frist sollte eingehalten werden. Im einzelnen handele es sich um die Niederschriften zur Sitzung des Finanzausschusses vom 12.12.2012 und 31.01.2013, sowie um die Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Stadtentwicklung vom 21.01.2013 und die Sitzung des Liegenschaftsausschusses vom 29.01.2013.

Herr Schweinsberg erinnert an seinen Hinweis im Dezember 2012, mit dem er im Hinblick auf die Vielzahl der im Dezember und Januar stattgefundenen Finanzausschusssitzungen auf diese Problematik bereits vorbereitet hatte.

Herr Zeilert vermisst die Behandlung der für den heutigen Rat ausgewiesenen Vorlagen 004/2013 und 007/2013.

Herr Philipp erläutert, dass diese Vorlagen, beide den Themenkomplex der Förderschule betreffend, im letzten Schulausschuss beraten worden seien und zunächst erneut in der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und Schulausschusses am 30.04.2013 behandelt werden sollen.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis ... der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 15.03.2013	Schriftführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------